



*Schritt*macher

Zeitung der DKP Berlin für die Charité- & Vivantes-Beschäftigten *August 2018*



PROFITLOGIK AM KRANKENBETT

➤ **Wären Medienberichte ein Maßstab für das Problembewusstsein zum Thema Pflege und Personaluntergrenzen in Krankenhäusern, könnte man zu dem Schluss kommen, dass derzeit die Verantwortlichen in Bund und Ländern emsig an Verbesserungen arbeiten.**

"Es muss cool sein, Pflegefachkraft zu sein." – meinte Familienministerin Franziska Giffey (SPD), als sie mit Arbeitsminister Hubertus Heil und Gesundheitsminister Jens Spahn kürzlich die „Konzertierte Aktion Pflege“ der Bundesregierung vorstellte. Doch „cool“ ist in den sozialen Dienstleistungsberufen überhaupt nichts: Die Arbeit wird schlecht bezahlt, fordert viel und es mangelt an Personal. In der Alten- und Krankenpflege fehlen zehntausende Stellen für Fach- und Hilfskräfte. Eigentlich erwartet man zu Recht, dass Menschen, die im Pflegebereich

arbeiten, neben einer medizinisch-fachlichen Qualifikation auch Zeit und Einfühlungsvermögen gegenüber anderen Menschen, ihren Bedürfnissen, Leiden und Ängsten mitbringen. Doch die Realität sieht anders aus. Aufgrund wirtschaftlicher Überlegungen wird das vorhandene Pflegepersonal möglichst weit heruntergefahren und so die Beschäftigten an den Rand der Selbstaufgabe, der Überlastung getrieben.

Diese Profitlogik am Krankenbett treibt immer mehr Belegschaften in Krankenhäusern für bessere Arbeitsbedingungen auf die Straße. Zentraler Bestandteil ihrer Forderungen ist dabei der Kampf um mehr Personal auf den Stationen. Mit der Privatisierung der Krankenhäuser wurde das Personal zu einem Kostenfaktor, der in den Augen vieler

➔ **Fortsetzung auf Seite 2**

1. SEPTEMBER



NIE WIEDER KRIEG
– ABRÜSTEN STATT AUFRÜSTEN

Vor dem Hintergrund der weltweit steigenden Flüchtlingszahlen durch zunehmende kriegerische Auseinandersetzungen stellt der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) den diesjährigen Antikriegstag ganz unter das Motto der Kampagne „Abrüsten statt aufrüsten“. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften lehnen das NATO-Ziel ab, die Rüstungsausgaben der Bündnispartner auf zwei Prozent ihrer Wirtschaftsleistung zu erhöhen.

Für die Staaten Europas würde dies bedeuten, dass ihre Militäretats von 500 Milliarden Euro auf 800 Milliarden anwachsen. Auch Deutschland müsste seine Rüstungsausgaben annähernd verdoppeln. Geld, das in allen Bereichen – wie etwa im Gesundheitswesen – fehlen würde. Auch fordert der DGB eine stärkere Kontrolle der Waffenexporte. Der DGB ruft dazu auf, die Unterschriften-Kampagne unter <https://abruesten.jetzt/> zu unterstützen.



EINIGE SIND GLEICHER ... UNTERSCHIEDLICHE GEHÄLTER BEI VIVANTES

Während die meisten Beschäftigten bei Vivantes - dem drittgrößten „Arbeitgeber“ Berlins - unter einem vom Senat gewollten Sparkurs leiden, Tochtergesellschaftsbeschäftigte trotz aller Zusagen und mehrerer Streiks noch immer nicht nach TVÖD bezahlt werden und von 2161 sachgrundlos befristeten Arbeitsverträgen in Einrichtungen des Landes 1101 Stellen bei Vivantes zu finden sind, wurden Führungskräfte dort in den vergangenen Jahren offenbar unverhältnismäßig fürstlich entlohnt. Dies ist einem Bericht des Berliner Landesrechnungshofs zu entnehmen. Laut „Berliner Morgenpost“ sollen Führungskräften von 2011 an überhöhte Gehälter gezahlt und Prämien völlig intransparent vergeben worden sein. So habe eine Personalberatung die Tätigkeit von zwei leitenden Mitarbeitern weit niedriger bewertet als ihnen gezahlt wurde. Auch großzügige Abfindungen für Manager gab es. In einem Fall sei ein Mitarbeiter zwei Jahre unter Fortzahlung der Bezüge (350.000 Euro) freigestellt worden. Neben einer außertariflichen Eingruppierung bei Führungskräften hätten Beschäftigte wie Pflegedienst- und Stationsleiter intransparente Zulagen erhalten.

Die Liste ist noch lang... Wie der vertrauliche Bericht des Rechnungshofes an die Öffentlichkeit gelangte, ist noch unklar. Klar ist aber, dass Wertschätzung und Ehrlichkeit gegenüber den „normalen“ Beschäftigten anders aussieht.

Der „Druck der Straße“ darf nicht nachlassen.

➔ **Fortsetzung von Seite 1**

Klinikbetreiber minimiert werden muss. Dazu wurden auch die Krankenhäuser in öffentlicher Trägerschaft auf die Erwirtschaftung „Schwarzer Zahlen“ getrimmt. Kostenminimierung in allen Bereichen ist die oberste Maxime aller Betreiber. Moralisch empörende Berichte darüber, dass mangelnde Hygiene in den Krankenhäusern Einzug gehalten hat und selbst die Zeit fürs Händewaschen fehlt, sind nur Symptome für das offensichtliche Staatsversagen in dieser Branche.

Das Berliner Beispiel an der Charité, der engagierte Kampf der Belegschaft für bessere Arbeitsbedingungen, machte erfreulicherweise schnell Schule. Land auf und Land ab kämpfen aktuell Krankenhausbelegschaften für eine bessere Ausstattung mit Personal, vor allem aber um eine verbindliche Regelung und tarifvertragliche Vereinbarung zur Personalbemessung - also darum, wie viel Personal bei einer bestimmten Anzahl von Patienten pro Schicht vorhanden sein muss.

Im Hintergrund verhandelten bis vor kurzem die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) mit dem Spitzenverband der Gesetzlichen Krankenversicherungen (GKV). Hier sollte entgegen dem in den Medien diskutierten der schlechteste Standard als Personaluntergrenze festgeschrieben werden. Die Verhandlungen scheiterten dennoch. Die Gewerkschaft ver.di begrüßt das Scheitern und fordert eine Personalausstattung, die sich

am Bedarf der Patienten orientiert. Um zu einer schnellen Lösung zu kommen, fordert ver.di, die bereits bewährte Pflegepersonal-Regelung (PPR) unter Einbeziehung einer Expertenkommission weiterzuentwickeln. Der „Druck der Straße“ darf nicht nachlassen. Gerade jetzt heißt es, alle Bemühungen der Beschäftigten, der Gewerkschaften und der Bündnisse zu unterstützen!



AUFRUF AN DIE SCHRITTMACHER- LESERSCHAFT

**Liebe Leserin,
lieber Leser,**
seit über 10 Jahren gibt es nun schon den Schrittmacher, der alle 2 Monate verteilt wird. Wir sind natürlich auch an Eurer Meinung interessiert. Schreibt uns Leserbriefe, gebt uns Hinweise und Tipps. Eure Briefe bitte an:
Deutsche Kommunistische Partei
Landesorganisation Berlin
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin
Tel.: 030.29783132
Büroöffnungszeiten:
Mo. - Do. 16 Uhr - 19 Uhr
Mail: info@dgp-berlin.info

Eure Schrittmacher-Redaktion

THERAPEUTENMANGEL HAUSGEMACHT ?

✦ **Während wir in der Februar-Ausgabe des Schrittmachers noch von einem möglichen Arbeitskampf der bei der Tochtergesellschaft Charité Physiotherapie- und Präventionszentrum GmbH (CPPZ) beschäftigten Therapeuten berichteten, verhandeln diese nun bereits seit Mitte Mai mit der Charité über ihre Wiedereingliederung in den Mutterkonzern und sind mitten drin im Arbeitskampf.**

Denn nach wie vor erhalten direkt bei der Charité und bei der outgesourceten CPPZ angestellte Therapeuten für die gleiche Arbeit nicht den gleichen Lohn, haben nicht den gleichen Urlaubsanspruch oder Zugang zu Fortbildungen. Und damit ist die Charité nicht der einzige landeseigene Betrieb, der Therapieberufe und auch Servicekräfte in Tochtergesellschaften ausgliedert, um sie dort zu schlechteren Bedingungen anzustellen. Auch Vivantes geht so vor und hat vor Jahren Therapeuten in die Tochtergesellschaft Vivantes Therapeutische Dienste (VTD) überführt. Für die Therapeuten von Charité und Vivantes ein guter Grund, sich zusammen zu tun. Ihr gemeinsames Schreiben an die politisch Verantwortlichen in Berlin erinnert an die seit Jahren wiederholten Hinweise auf die Missstände ihrer Arbeitsbedingungen und macht erneut auf die daraus resultierenden Folgen und den entstehenden höheren Bedarf an Fachkräften aufmerksam. Bislang ohne

Erfolg. Immerhin hat eine Diskussion der Therapeuten mit Politikern der Senatskoalition über die Wiedereingliederung in den Mutterkonzern Charité bzw. Vivantes offenbart, dass die Politiker die Forderungen der Therapeuten unterstützen und sich ferner dafür einsetzen wollen, die therapeutische Ausbildung an landeseigenen Schulen schulgeldfrei anzubieten. Bislang folgten den salbungsvollen Worten aber keine Taten.

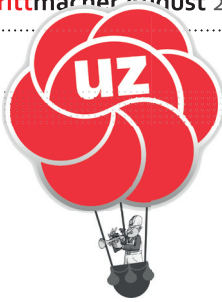
Wertvolle Zeit ist ohne Bekenntnisse von Charité und Vivantes, die ausgegliederten Therapeuten in den jeweiligen Mutterkonzern zurück zu holen, verstrichen. Doch Eile ist geboten. Ungleiche Bezahlung und schlechtere Arbeitsbedingungen gehen mit einer Entwertung des Therapeutenberufs einher - mit entsprechenden Auswirkungen auf den therapeutischen Nachwuchs, der immer weniger wird, und die Nachbesetzung offener Stellen, die laut Arbeitsmarktmotor der Bundesanstalt für Arbeit (2016) dauert immer länger, weil zunehmend mehr Therapeuten unter anderem aus Unzufriedenheit mit den Arbeitsbedingungen und der finanziellen Entlohnung ihrem Beruf den Rücken kehren. Das Arbeitskräftepotential der Ergo- und Physiotherapeuten nimmt also ab, zeitgleich steigt die Nachfrage an zu besetzenden Stellen. Die Patientenzahlen hingegen nehmen nicht ab, bleibt also weniger Zeit - für die Patienten mit entsprechenden Folgen für deren gesundheitliche Versorgung.



UNION-BUSTING BEI CELENUS: KLINIKBETREIBER IN THÜRINGEN ATTA- CKIERT ENGAGIERTE BESCHÄFTIGTE

Von Entgelttarifverträgen und berechtigten Arbeitsniederlegungen hält die Celenus Kliniken GmbH in Bad Langensalza nichts. Dafür geht der private Betreiber von Rehakliniken gegen engagierte Beschäftigte vor, entlässt zwei in die ver.di-Tarifkommission entsandte Beschäftigte fristlos, weil sie Infomaterial zum Streik verteilt haben sollen, sperrt weitere, auch die Betriebsratsvorsitzende, auf unbestimmte Zeit aus und meldet mehrere Beschäftigte von der Krankenversicherung ab - unter dem Vorwand, der Streik sei rechtswidrig. Doch der Warnstreik bei Celenus ist rechtmäßig, bestätigt das Landesarbeitsgericht Thüringen. Die Reha-Klinik in der Nähe von Erfurt wurde 2015 vom stark expandierenden Celenus-Konzern übernommen. Niedrige Löhne - in den unteren Entgeltgruppen kaum höher als der gesetzliche Mindestlohn - und die Verhinderung von Tarifverträgen helfen Celenus dabei, ihren Profit zu vergrößern. Dagegen wehren sich die Beschäftigten und sprachen sich in einer Urabstimmung mit überwältigender Mehrheit für einen Arbeitskampf aus. Celenus versuchte mit einstweiligen Verfügungen, dies zu verhindern. Als dies nicht gelang, gerieten einzelne Beschäftigte ins Visier der Manager und Juristen und wurden attackiert.

Solidarität ist notwendiger denn je, für die Beschäftigten der Celenus GmbH und für den Erhalt gewerkschaftlicher Grundrechte. Das geht uns alle an!



UZ-PRESSEFEST 2018
DAS FEST DER SOLIDARITÄT
UND DES FRIEDENS!

Es ist wieder so weit: Die Kommunistinnen und Kommunisten laden ein zum 20. UZ-Pressfest! Es findet vom 7. bis 9. September 2018 in Dortmund (Revierpark Wischlingen) statt:

Künstler erleben, die sich nicht den Profitinteressen der Kulturindustrie unterwerfen. Ein Zeichen gegen Faschismus und Krieg setzen. Refugees welcome – kein Zutritt für Rassisten!

Die Kraft der internationalen Solidarität erleben, wenn Freunde aus der ganzen Welt zusammenkommen.

Ein Festival der linken Kultur. Hier steht das solidarische Handeln im Mittelpunkt und nicht Resignation.

Eintritt frei! Getränke und Essenspreise, die sich auch Geringverdiener leisten können.

Es kommen:

- Konstantin Wecker
- Esther Bejarano & Microphone Mafia
- Calum Baird
- Kai Degenhardt
- Klaus der Geiger
- Erich Schaffner
- Jane Zahn u.v.m
- Auf nach Dortmund!



Kontakt & Impressum:

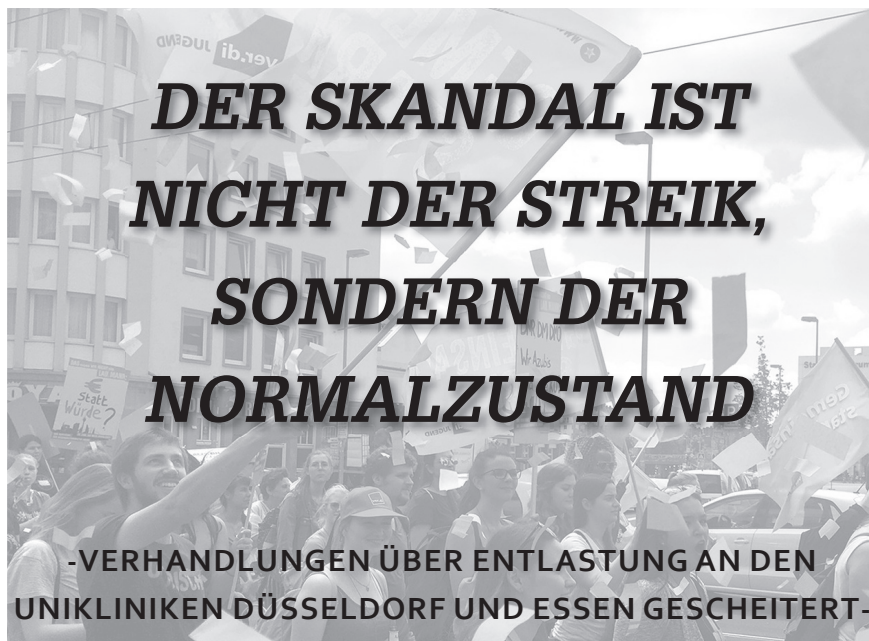
Deutsche Kommunistische Partei
Landesorganisation Berlin
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin

Tel.: 030.29783132

Mail: info@dkp-berlin.info

Web: www.dkp-berlin.info

V.i.S.d.P.: R. Perschewski,
Franz-Mehring-Platz 1, Berlin



❖ Auch die Beschäftigten der Uni-Kliniken Essen und Düsseldorf leiden stark unter der täglichen Arbeitsbelastung und dem Personalmangel. Da Politik bislang keine Lösungen auf den Weg gebracht hat, forderte ver.di die Krankenhausleitungen erstmals Ende 2017 zu Verhandlungen über einen Tarifvertrag Entlastung auf. Die Krankenhausleitungen wollten nicht ernsthaft verhandeln und versuchten mit harten Bandagen, sich diesen zu entziehen (Der Schrittmacher berichtete).

Daraufhin hatten in Düsseldorf die Beschäftigten seit Anfang Juli unbefristet und in Essen bislang an 13 Tagen gestreikt. Die Streiks waren nun seit dem 18. Juli 2018 von ver.di ausgesetzt worden, da es zu Verhandlungen kam. Nach vier Verhandlungstagen gab es aber immer noch keine konkreten Ergebnisse, die zeitnah Entlastung für die Beschäftigten gebracht hätten. Die „Arbeitgeber“ wollten erst nach mehrmonatigen Erhebungen Personalbemessungssysteme einführen. Das wird der dramatischen Situation der Beschäftigten nicht gerecht. Die Tarifkommissionen und Versammlungen der Streikenden an den Kliniken beschlossen somit mit großer Mehrheit die Wiederaufnahme der Streiks ab Montag, den 30. Juli. Das Uni-Klinikum Düsseldorf re-

agierte auf die Streikankündigung mit einer Pressemitteilung, in der sie den Beschäftigten und ihrer Gewerkschaft ver.di den „Schwarzen Peter“ zuschieben wollte: „Wie bereits am Mittwoch während der Verhandlungen angekündigt, wurden am Freitag die Sollbesetzungszahlen und die konkrete Verfahrensanweisung für ein Ausfallmanagement an Verdi durch die beiden Kliniken übersandt. Damit ist eine Rückkehr auf die Sachebene der Verhandlungen durchaus möglich.“ Doch genau hier liegt der Teufel im Detail: Von welchen Soll-Besetzungszahlen geht man aus, wie verlässlich ist das Ausfallmanagement?

Die Beschäftigten handeln richtig, wenn sie sich auf ihre eigene Kraft und die ihrer Gewerkschaft verlassen und wieder in den Streik gehen. Anscheinend kann nur der wirtschaftliche Verlust durch abgesagte Operationen die „Arbeitgeber“ dazu bewegen, ihre infame Hinhalte-Taktik aufzugeben und ernsthaft über eine verbindliche Regelung zur Entlastung zu verhandeln. Mit leeren Versprechungen und salbungsvollen Worten – egal ob von Klinikleitungen oder Gesundheitsminister Jens Spahn – lassen sich die Krankenhausbeschäftigten nicht mehr abspesen – und das ist gut so!

Sie brauchen jetzt aber unsere uneingeschränkte Solidarität. Soli-Erklärungen können weiter an jan.vonhagen@verdi.de gemailt werden!